

Bericht über die Reise einer Delegation des Verteidigungsausschuss in die USA vom 3. – 8. März 2013

Der Kollege Ernst-R. Beck und ich (Elke Hoff reiste am 4. 3. krankheitsbedingt wieder ab) hielten uns in der Zeit zwischen dem 3. und 8. März in den USA auf - davon vier Tage in Washington und einen Tag in New York.

In Washington führten wir Gespräche mit Congressman Michael Turner (Republikaner), dem Senator Bob Corker (Republikaner), dem Congressman Pete Visclosky (Demokrat) und dem Senator Joaquin Castro (Demokrat); unsere Gesprächspartner aus der Administration waren Derek Chollet, Assistant Secretary of Defense – International Security Affairs (DoD), Marie Yovanovitch, Principal Deputy Assistant Secretary, Bureau of European and Eurasian Affairs (State Department), aus dem Bereich der ThinkTanks trafen wir Heather Conley und Bonnie Glaser vom CSIS, die Professoren Karim Haggag und David B. Des Roches vom Near East South Asia Center for Strategic Studies, in zwei Gesprächsrunden (veranstaltet vom German Marshall Fund bzw. dem American Institute for Contemporary German Studies/KAS) wurden Grundfragen künftiger Sicherheitsstrategien erörtert. Daran nehmen verschiedene Vertreter der US-Administration, der Wissenschaft und der Industrie teil.

In New York konnten wir mit dem Taysse-Brook Zerihoun, dem stellvertretenden Leiter des Departments of Political Affairs der Vereinten Nationen, mit Herve Ladsous, dem Leiter des Departments of PeaceKeeping Operations und mit den zur Zeit beim DPKO beschäftigten deutschen Vertretern sprechen.

Die Gesprächsthemen in Washington und New York waren weit gefächert, sie betrafen zum einen die aktuellen militärischen „HotSpots“ Mali, Congo, Somalia, Afghanistan, die Krisenherde Syrien, Iran, Fragen nach der Zukunft der NATO bzw. der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, aber zu nicht geringen Teilen auch die Situation in den USA nach der Wiederwahl Obamas. Insbesondere die Finanzlage des Landes war immer wiederkehrendes Thema.

Im folgenden und thesenartig einige Informationen über die Gesprächsergebnisse, sofern sie die US-Politik betreffen:

In der zweiten Amtszeit Obamas bleibt die **Innenpolitik** mit dem Schwerpunkt Finanzen das überragende Thema. Bis 2020 soll die über 3 Billionen Dollar liegende Staatsschuld abgetragen werden. Da sich die Regierung und die republikanische Kongressmehrheit über die Umsetzung nicht einigen konnten, greift derzeit die sog. Sequestration, d.h. automatische Kürzungen in allen Bereichen. Die Republikaner blockieren weiterhin die Vorschläge Obamas, die u.a. auch mehr Steuereinnahmen aus der Reichenbesteuerung vorsehen. Die Folgen für die US-Wirtschaft sind gegenwärtig kaum absehbar, ein konjunktureller Einbruch erscheint aber kaum abwendbar. Allerdings sollen die Sparmaßnahmen mit zeitlicher Verzögerung greifen, noch immer sind bestimmte Kompromisse möglich, die auf die weitere zeitliche Streckung der Austeritätsmaßnahmen hinauslaufen werden. Bemerkenswert allerdings, dass die Obama-Administration weiterhin eine expansive Geldpolitik und eine Niedrigzinspolitik verfolgt. Interessant: Die FED druckt monatlich 65 Milliarden Dollar, was bisher nicht zu einer nennenswerten Inflation geführt hat. D.h. auch: Man setzt weiter auf die staatliche Förderung von Investitionsprogrammen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur. An dem Ziel der „Re-Industrialisierung Amerikas“ hält Obama fest, er hofft dabei auf die Anschubwirkung

möglichst niedriger Energiepreise. Zu diesem Zweck wird die nationale Energieförderung vorangetrieben. Die Verringerung der Abhängigkeit von Ölimporten hat aber einen ökologischen Preis! Die Anhänger des Präsidenten haben aber immer noch die Hoffnung, dass es Obama, gestützt auf das überraschend gute Wahlergebnis 2012, in dieser Amtszeit gelingt, Reformen in den Bereichen Bildung, Umwelt, Infrastruktur, Gesundheitswesen voranzubringen. Das bleibt abzuwarten.

Präsident Obamas scheint dieses Mal bereit zu sein, offensiver für seine Forderungen auch nach der Wahl zu kämpfen. Er und sein Team bleiben im **Wahlkampfmodus**. Das wurde in der Inaugural-Ansprache ebenso deutlich, wie bei seiner „State of the Nation“-Rede. Die Obstruktionspolitik der republikanischen Opposition, die über eine klare Mehrheit im Repräsentantenhaus verfügen, soll durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit gebrochen werden. Obama hofft offensichtlich, dass es ihm mit einer solchen Polarisierung (statt der nach 2008 verfolgten Kompromissorientierung) gelingen könnte, die Mehrheit bei der Nachwahl 2014 zu erreichen. Dazu müsste man den Reps über 20 Sitze abjagen, Beobachter bezweifeln ob dies realistisch ist. Wichtig bleibt dennoch, dass die Anhänger einer Reformpolitik dieses Mal den Versuch machen in der Offensive zu bleiben und dabei die Grundfragen thematisieren, ob die soziale Polarisierung des Landes weiter konserviert werden soll oder nicht, und ob es sich das Land leisten kann, die öffentlichen Investitionen weiterhin extrem zu vernachlässigen. Hier stehen spannende Auseinandersetzungen bevor.

Bei den anvisierten Kürzungen wird der reichlich überdimensionierte **Rüstungsetat** auch erheblich Federn lassen müssen. Im Budget Control Act von 2011 wurden bereits Streichungen von insgesamt 487 Mrd. innerhalb von zehn Jahren festgelegt. Bei näherem Hinsehen ist jedoch festzustellen, dass sich diese Summe ganz überwiegend auf die Absenkung der geplanten Ausgaben bezieht. Im Klartext, die vorgesehenen Steigerungen sind gestrichen, viel mehr nicht. Durch den sog. Sequester bzw. noch auszuhandelnde Haushaltskompromisse können allerdings noch einmal Streichungen von ca. 500 Mrd. Dollar hinzukommen. Zuletzt wurde aber berichtet, dass die Reps zu einer Verständigung dahingehend bereit seien, die Kürzungen im Militärbereich abzumildern. Gegenwärtig sind die Zivilbediensteten im DoD tageweise auf Zwangsurlaub, Dienstreisen u. dgl. Sind gestrichen, d.h. gespart werden wird vor allem beim Personal. Man hofft zudem auf die sukzessive Verringerung der Ausgaben für die Auslandseinsätze (Afghanistan!). Welche großen Beschaffungsprogramme reduziert, aufgehoben, gestreckt etc. werden, ist noch unklar. Fest steht allerdings, dass die Obama-Regierung die horrend hohen Ausgaben bei Forschung & Entwicklung um keinen Cent reduzieren wird, im Gegenteil. Der rüstungstechnologische Vorsprung soll mindestens behauptet werden. Das betrifft nicht zuletzt den Bereich der unbemannten Systeme, die als Kriegsmittel der Zukunft angesehen werden.

An einer „**Militärreform**“ werden die USA nicht vorbei kommen. Der aufgeblähte Personalumfang wird reduziert werden müssen. Die USA verfügen immer noch über 300 Brigaden, davon 40 in der Rolle als „Kampfbrigaden“. Möglicherweise werden sie auf 30 reduziert werden. Die Verstrickung in zwei große Einsätze – Irak, Afghanistan – in den letzten zehn Jahren hat nicht nur zu gavierenden finanziellen Lasten geführt. Sie hat insbesondere die Menschen im Militärapparat überstrapaziert. Sie sind von Einsatz zu Einsatz getrieben worden, ohne allzu große Regenerationsphasen, die Ausbildung wurde notorisch vernachlässigt. Man spricht von der Notwendigkeit des Übergangs von einer „Army of Combat“ zu einer „Army of Training“. Interessant die folgenden Zahlen: Seit 2001 hat sich die Selbstmordrate unter den Militärangehörigen verdoppelt. Seit 2007 hat sich die Zahl der Sexualdelikte verdoppelt. Man geht davon aus, dass 1/3 der Militärangehörigen, die in den Auslandseinsätzen waren, mit psychischen Belastungsstörungen zurückgekehrt sind. Als schwerwiegende Tatsache wird angesehen, dass die „Führer“ auf den verschiedenen Ebenen die ständigen Einsätze für die Realität schlechthin halten,

mit anderen Worten: Die Verrohungstendenz hat zugenommen. Dafür wurde der Ausdruck „Toxic leadership“ erfunden.

Ein Kernthema im Bereich der Außenpolitik war der sog. „**Pivot to Asia**“. Mit dieser Bezeichnung, aus dem Bereich des Basketballs kommend, soll der Schwenk vom Fokus „Transatlantische Beziehungen“ zum neuen Schwerpunkt „Asien/Pazifik“ erfasst werden. Die meisten Gesprächspartner waren über diesen Begriff unglücklich. Das mag mit Höflichkeit gegenüber den Gästen zu tun haben. Als handfeste Gründe wurden aber genannt, dass die jüngeren Entwicklungen in Afrika, in der Arabischen Welt, Iran etc. zeigen würden, dass die USA Europa bräuchten, was auch umgekehrt gelte. Außerdem zeigten die recht bescheidenen Veränderungen bei der Stationierungsplanung der US-Streitkräfte dass es nur um eine gewisse Neujustierung gehe, aber nicht um einen grundlegenden Kurswechsel. Der Anteil der Marinestreitkräfte, die im pazifischen Raum disloziert sind, wird von ca. 50 auf knapp 60 Prozent gesteigert. Der jüngste Besuch des neuen Außenministers John Kerry in Europa hat in der Tat bestätigt, dass man um ein Re-Balancing bemüht ist (die drei wichtigen Personen der Außenpolitik Brennan, Kerry, Hagel gelten denn auch als Transatlantiker). Eine Verschiebung der militärischen Orientierung markiert dies m.E. aber dennoch. Die USA werden weiter bestrebt sein, die Machtausdehnung Chinas einzugrenzen und zu diesem Zweck ihre militärische Präsenz in diesem Raum weiter zu steigern.

Ein weiteres Stichwort war „**Leading from Behind**“. Obama hatte im Libyen-Konflikt die US-Rolle mit diesem Begriff umschrieben. Auch der aktuelle Konflikt Mali scheint diesem Muster zu entsprechen: Die USA liefern nachrichtendienstliche Erkenntnisse über ihre Satelliten, Drohnen etc., geben logistische Unterstützung, halten sich aber aus dem unmittelbaren Kampfgeschehen heraus. Richtig bleibt, dass man sich künftig eine solche Lastenteilung öfter vorstellen kann. Damit soll die permanente militärische Überforderungssituation der US-Streitkräfte abgefangen werden. Da man aber durch den Abzug zehntausender Soldaten aus Afghanistan etwas entspannen wird, ist nicht damit zu rechnen, dass sich die USA grundsätzlich mit dieser Rolle in der zweiten Reihe begnügen werden. Das wird von Fall zu Fall entschieden werden. Gerade die Eurokrise und die ins Straucheln geratenen Bemühungen der EU als globaler Akteur aufzutreten, haben das Misstrauen in Europa entscheidend verstärkt. Man rechnet am Potomac eher mit Einzelstaaten wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland, mit denen man ggf. kooperieren könne, aber nicht mit der EU. Nicht zu übersehen ist, dass die US-Regierung und Teile der US-amerikanischen Elite durchaus sehen, dass die Möglichkeiten der „Supermacht“ in der heutigen Staatenwelt Einfluss auszuüben, durchaus begrenzt sind. Der jüngste Besuch Kerrys in Kairo hat nachdrücklich bestätigt, dass Einmischungen der USA eher unerwünscht sind und auch der „strategische Verbündete“ Karzai in Afghanistan droht, immer mehr aus dem Ruder zu laufen. Von dieser Einschätzung ausgehend, ist man bestrebt, einem multilateralen Krisenmanagement den Vorzug zu geben.

Was die **aktuellen Konfliktfelder** betrifft, so war festzustellen, dass die Obama-Administration im Falle des Iran weiter eine diplomatische Lösung favorisiert, dazu auch ein Zeitfenster von ein bis zwei Jahren gegeben sieht. Zugleich hält man an einer Linie fest (Sanktionen, keine Wiederanreicherung usw.), die einen Kompromiss nahezu unmöglich machen. In puncto Syrien hält man ein direktes militärisches Eingreifen von außen für ganz schwierig bis unmöglich, setzt mehr darauf die Rebellengruppen politisch und militärisch eingegrenzt (Ausbildung, Logistik, Intelligence) zu unterstützen. Die mehr als problematische Rolle, die Saudi-Arabien und Katar nicht nur in Syrien, spielen, wird zwar ansatzweise thematisiert, die Kritik bleibt aber bis dato konsequenzlos (d.h. auch, dass die großen Waffenströme in die Golfstaaten weiter fließen werden). Was Mali betrifft, belobigt man Frankreich für dessen militärisches Eingreifen, mahnt aber

zugleich einen politischen Lösungsansatz an. Mit einer tatkräftigen Initiative Obamas im Konflikt Israel/Palästina ist auch in seiner zweiten Amtszeit nicht zu rechnen. Man sieht sich als diplomatischer Mittler, wird weiter den exzessiven Siedlungsbau kritisieren und auf dem Wege der Diplomatie zu verhindern suchen, aber zugleich das überwältigende militärische Übergewicht Israels nachdrücklich festschreiben wollen.

In Bezug auf **Afghanistan** wurde der auf dem NATO-Rat Ende Februar in Brüssel verkündete Ansatz bestätigt. Insgesamt sollen bei der Post-ISAF-Mission zwischen 8.000 und 12.000 Soldatinnen/Soldaten im Land verbleiben. Wie sich diese zwischen USA, Rest-Nato und Nicht-Nato-Entsendestaaten aufteilen, soll jetzt ausgehandelt werden. Zu dieser Zahl werden noch die US-Spezialkräfte kommen, die auf bilateraler Basis am Hindukusch operieren und die „Aufstands-Terrorismusbekämpfung“ fortsetzen sollen. Hierbei ist auch an eine eher kleine Zahl gedacht, möglicherweise 2.000 Mann. Die Einigungsmöglichkeiten mit der Karzai-Regierung über ein sog. strategisches Stationierungsabkommen werden nach drei Verhandlungsrunden sehr optimistisch eingeschätzt. Bis September wolle man fertig sein, um nicht in den dann einsetzenden Wahlkampf zu kommen. Allerdings habe man die die Hauptknackpunkte – Status der Truppen im Lande, Zahl der Stützpunkte – noch nicht beraten.

Köln. 11.3.2013